

Paranoia and Perception: Contemporary Inter-American Discourses

Veranstalter: Zentralinstitut für Regionalforschung

Datum, Ort: 05.11.2004-06.11.2004, Erlangen

Bericht von: Sören Brinkmann, LS Auslandswissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg

Der klinische Befund der Paranoia mag für eine Charakterisierung der interamerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert zwar etwas überzogen erscheinen. Die Frage der Wahrnehmung des jeweils Anderen allerdings erhält gerade unter den Bedingungen einer dauerhaften Machtasymmetrie, wie sie im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und ihren hemisphärischen Nachbarn besteht, eine besondere Bedeutung. Und so waren es erwartungsgemäß auch nicht die vielfachen Kontakte in der machtpolitischen „Peripherie“ des Kontinents, sondern deren Verhältnis zum „Zentrum“, zur Supermacht USA (und vice versa), das die Teilnehmer der vom Zentralinstitut für Regionalforschung (Universität Erlangen-Nürnberg) ausgerichteten Tagung am 5. und 6. November 2004 beschäftigte. Für diesen, im europäischen Kontext eher seltenen Blickwinkel maßgeblich war in erster Linie die Kooperation zweier Sektionen des Zentralinstituts – „Nordamerika“ und „Iberoamerika“ –, die allen Tagungsteilnehmern nicht nur die Bereitschaft zum interdisziplinären Dialog, sondern auch Sprachtüchtigkeit in zwei Fremdsprachen (Englisch und Spanisch) abverlangte.

In disziplinärer Hinsicht spannte die Veranstaltung den Bogen von den beiden Philologien, der Anglistik und der Romanistik, zur Geschichts- und Politikwissenschaft. Zeitlich stand das 20. Jahrhundert im Vordergrund, wobei der 11. September als Zäsur zumeist besonders hervorgehoben wurde. Thematisch lag ein klarer Schwerpunkt bei der Frage nach Rolle und Identität des „peripheren Amerika“ im Schatten der Supermacht. In einem gemeinsamen Referat untersuchten Barbara Buchenau und Helmbrecht Breinig anhand literarischer und kulturkritischer Texte die Funktion von Raummetaphern, von „mental maps“, bei der Konstruktion von Identität und Differenz im interamerikanischen Kontext. Ganz konzentriert auf die Realpolitik und deren Möglichkeiten war dagegen der Beitrag von Allan Smith, der zunächst die verschiedenen Abhängigkeiten Kanadas gegenüber den USA skizzierte, um dann die durchaus

beträchtlichen machtpolitischen und soziokulturellen Eigenständigkeiten auszumessen, die die besondere Form des kanadischen Selbstverständnisses prägen. Dabei zeigte sich, dass die erfolgreiche internationale Positionierung Kanadas als autonome Mittelmacht letztlich fragil ist, da es offenbar stets dem Verhandlungsgeschick von Politik und Gesellschaft obliegt, die vorhandenen Spielräume optimal zu nutzen.

Diese kanadische Einsicht gilt freilich auch für die südlichen Nachbarn der Vereinigten Staaten, die sich allerdings aufgrund von politischen Instabilitäten und beträchtlichen Entwicklungsunterschieden oftmals in einer deutlich schlechteren Verhandlungsposition befinden. Direkte militärische Intervention war daher, wie Thomas Fischer hervorhob, zumindest mit Blick auf die Länder Zentralamerikas und der Karibik im 20. Jahrhundert ein häufig eingesetztes Mittel US-amerikanischer Einflussnahme. Die Analyse des US-Interventionismus im Zeitverlauf fördert allerdings nicht nur unterschiedliche Rechtfertigungsmuster, sondern auch differierende Ergebnisse und Auswirkungen zutage. Dennoch aber ist, Fischer zufolge, der Interventionismus ein konstitutives Element der interamerikanischen Beziehungen in Diskurs und Praxis, das nach den Erfahrungen des 11. September fast schon paranoide Züge annahm, insofern die Frage der Terrorbekämpfung seither eine deutliche Priorität eingenommen hat. Auf diesem Gebiet waren lateinamerikanische Staaten mannigfachen Pressionen ausgesetzt. Insgesamt machte Fischer gerade darin Kontinuitäten aus.

Die reduzierte Handlungsfähigkeit des spanisch- und portugiesischsprachigen Amerika resultiert oftmals aber auch aus dessen immanenter Vielstimmigkeit. Dies jedenfalls zeigte der von Adrián Bonilla unternommene Abgleich von sicherheitspolitischen Strategien Brasiliens und der Andenländer in bezug auf zentrale Problemfelder der Region, darunter Drogenhandel, illegale Migration und democratic governance. Die hierbei zutage tretenden Wahrnehmungsdifferenzen, die insbesondere Kolumbien an die Seite der USA rücken, werfen jedoch nicht nur ein Schlaglicht auf die geringe Kohäsionskraft des lateinamerikanischen Gedankens, sondern lassen zugleich auch Zweifel an der Berechtigung jenes geradezu chronischen Anti-USA-Reflexes aufkommen.

Eine buchstäblich paranoide Qualität in der

Wahrnehmung des großen Nachbarn im Norden sah Wolfgang Binder in der politischen Besessenheit des Puertoricaners Pedro Albizu Campos (1892-1965), dessen fanatischer Kampf für die Unabhängigkeit aufgrund der geringen gesellschaftlichen Resonanz in Puerto Rico jedoch kaum mehr als eine anekdotische Fußnote darstellt. Keineswegs anekdotisch, sondern von erheblicher Tragweite war dagegen die Wirkung, die die Ereignisse des 11. September 2001 auf die interamerikanischen Beziehungen hatten. Und angesichts der Radikalisierung des US-amerikanischen Bedrohungsdiskurses darf hier nun zu Recht auch wieder der Begriff der Paranoia ins Spiel gebracht werden. Dies jedenfalls scheint die Verschärfung des südlichen Grenzregimes der USA zu legitimieren, und dies rechtfertigen auch die jüngsten Äußerungen Samuel Huntingtons zur spanischsprachigen Immigration, die Silke Hensel als Aufhänger für ihren Beitrag dienten. Wie sie zeigen konnte, sind die Argumente Huntingtons keineswegs neu, sondern integrativer Bestandteil eines Jahrzehnte alten US-amerikanischen Diskurses über die mexikanischen Einwanderer, der seinerseits verschiedene Phasen durchlief, die zwischen Exklusion und Integration oszillierten.

Zwei weitere Beiträge thematisierten die Folgen des 11. September. Die ideologiekritische Arbeit von Fabián Bosoer, der sich mit den konzeptionellen Hintergründen der US-Außenpolitik beschäftigte, identifizierte im Unilateralismus der neokonservativen Bush-Administration deutliche Anklänge an das Gedankengut von Carl Schmitt, etwa im Sinne der Großraumdoktrin. Die tatsächliche Patenschaft Schmitts allerdings sei, Bosoer zufolge, höchstens indirekt nachzuweisen. Einen völlig anderen Blick auf den 9/11 gewährte Stefan Rinke, indem er auf den chilenischen September von 1973 (Staatstreik von General Augusto Pinochet) hinwies, der nicht nur für Chile, sondern für ganz Lateinamerika das Trauma gewaltsam unterdrückter Selbstbestimmung begründet habe. So ist es nicht zuletzt die bis heute wache Erinnerung an die chilenische Erfahrung, die erklärt, weshalb die lateinamerikanische Anteilnahme bezüglich der Terroranschläge vom 11. September 2001 derart verhalten ausfiel.

Die Tagung zeigte eindrucksvoll, dass die Schatten des 11. September und ihre Auswirkungen auf die inneramerikanischen Beziehungen dringend auch diesseits des Atlantiks größere Aufmerksamkeit finden sollten, weil sie offensicht-

lich sehr nachhaltig historische und politische Einschätzungen verändern.

Tagungsbericht *Paranoia and Perception: Contemporary Inter-American Discourses*. 05.11.2004-06.11.2004, Erlangen. In: H-Soz-u-Kult 04.02.2005.